

# WB7: Weiterbildung stärken. Zukunft sichern.

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz zukunftsfest machen:  
Für Menschen. Für Regionen. Für ein lernendes Land.

Die staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz formulieren sieben zentrale politische Forderungen. Sie zeigen auf, was notwendig ist, damit Weiterbildung flächendeckend, gerecht und zukunftsfähig bleibt – als starke vierte Säule im Bildungssystem. Weiterbildungsorganisationen müssen als systemrelevante Partner anerkannt und aktiv an der Gestaltung tragfähiger Strukturen beteiligt werden – gemeinsam mit dem Ministerium, nicht nachgelagert zu politischen oder ökonomischen Entscheidungen.

**Unsere sieben politischen Kernforderungen – Sieben Organisationen, eine Stimme:**

## 1. Strukturelle Stärkung der Weiterbildungsträger

Weiterbildung muss 1 % des Bildungshaushalts erhalten – alles andere bleibt Symbolpolitik:

- Wer wirksame Weiterbildung will, muss sie solide und verlässlich finanzieren – mit einer dynamisierten Grund- und Angebotsförderung.
- Hauptberufliche pädagogische Fachkräfte sichern Steuerung, Entwicklung und Qualität – wir fordern eine zusätzliche HPF pro Landesorganisation.
- Förderstrukturen müssen Teil einer stabilen Bildungsinfrastruktur werden – nicht befristet, nicht projektbasiert, sondern verlässlich gesetzlich abgesichert und strukturell verankert.

## 2. Strukturen modernisieren und entbürokratisieren

Wer Bildung fördern will, darf Träger nicht mit Bürokratie lähmen – Fördersysteme müssen einfacher, digitaler und passender werden:

- Weiterbildungseinrichtungen brauchen realitätsnahe praktikable Verfahren – sonst droht eine stille strukturelle Ausgrenzung.
- Verwaltung darf kein Nadelöhr sein – sie muss Ermöglicherin sein: mit klaren Zuständigkeiten, digitalen Lösungen, weniger Nachweise und Anforderungen, die bewältigbar sind. Es gilt einvernehmliche und praxisnahe Lösungen mit den Weiterbildungsträgern zu entwickeln.
- Eine eigene – mit den Weiterbildungsträgern partnerschaftlich interagierende - Abteilung im Ministerium: klares Bekenntnis und politischer Gestaltungswillen.

### 3. Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes Rheinland-Pfalz

Eine Modernisierung des Weiterbildungsgesetzes bedarf der umfassenden Einbeziehung der gemeinwohlorientierten Weiterbildungsverantwortlichen in allen Phasen:

- Die in der Verfassung und im Weiterbildungsgesetz verankerte Fördernotwendigkeit und Gleichwertigkeit der Weiterbildung darf nicht aufgeweicht werden – wir fordern Schutz vor Aushöhlung durch Haushalts- oder Förderpraxis.
- Gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein wesentliches öffentliches Gut und muss als Pflichtaufgabe verankert und in alle relevanten Landesstrategien einbezogen werden. Weiterbildung darf nicht auf Erwerbsorientierung und -verwertbarkeit reduziert werden – lebenslanges Lernen muss als Grundrecht gestärkt werden.
- Flexible, offene Lernformate sowie ‚Dritte Orte‘ des Lernens müssen im Weiterbildungsgesetz stärker verankert werden, da sie keine freiwillige Ergänzung mehr darstellen, sondern eine grundlegende Voraussetzung für eine zeitgemäße, lebensnahe und zugängliche Weiterbildung sind.

### 4. Digitale Zukunftsfähigkeit sichern

Ein Digitalpakt Weiterbildung muss Personal, Strukturen, Technik, Didaktik und Verwaltung zusammendenken und fördern:

- Wer digitale Teilhabe will, muss in Infrastruktur investieren – Verfügbarkeit schnellen Internets, Endgeräte, IT-Support.
- Digitalisierung gelingt nur mit qualifizierten Menschen – Personalentwicklung ist Pflicht.
- KI-Kompetenz ist schon heute notwendig und Bestandteil unserer Arbeit– aber es fehlt die strukturelle Ausstattung, um sie flächendeckend zu ermöglichen.

### 5. Demokratiebildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Demokratie braucht Bildung – und Bildung braucht Räume für kritischen Dialog, Ambiguitätstoleranz, plurale Perspektiven und Gestaltungsfreiheit:

- Politische Bildung darf kein Nischenangebot sein – sie ist Teil der Grundversorgung.
- Medienkompetenz ist Überlebenskompetenz – dafür braucht Weiterbildung strukturelle Rückendeckung, verlässliche Finanzierung und konzeptionelle Entwicklungsräume.
- Teilhabe beginnt im Quartier – Demokratietarbeit braucht dauerhaft verankerte, niedrigschwellige und dialogorientierte Formate vor Ort.

## 6. Gesellschaftliche Teilhabe sichern und Engagement fördern

Soziale Teilhabe und Wahrnehmung zivilgesellschaftlicher Verantwortung gelingt nur mit Zugang zu Bildung – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen:

- Ehrenamtliche vertreten mit ihrem Engagement demokratische Werte und tragen zu gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Sie haben ein Recht auf Qualifizierung und Anerkennung – Weiterbildung ist der Schlüssel dazu.
- Menschen in benachteiligten Lebenslagen haben ein Recht auf ganzheitliche Weiterbildung – auch jenseits formaler Bildungswege, Erwerbsbiografien und beruflicher Verwertbarkeit.
- Niederschwellige und aufsuchende Formate bringen Bildung dorthin, wo Menschen leben – nicht umgekehrt.

## 7. Grundbildung ist kein Projekt: Zugang zu Schriftspracherwerbsangeboten und Grundbildung sichern

Schriftspracherwerb ist keine Projektaufgabe, sondern gemeinschaftliche Dauerverantwortung – es braucht verlässliche Regelförderung statt befristeter Programme:

- Angebote müssen flexibel, wohnortnah und lebensweltbezogen sein – erreichbar auch ab der ersten interessierten Person.
- Ohne verlässliche Finanzierung, qualifizierte Lehrende, kontinuierliche Fortbildung und faire Honorare bleibt Teilhabe ungleich verteilt.
- Öffentlichkeitsarbeit und starke Netzwerke sind unverzichtbar – Schriftspracherwerb braucht Sichtbarkeit, Sensibilisierung und lokale Ansprechstellen.

**Ihre staatlich anerkannten Weiterbildungsträger in Rheinland-Pfalz.**